

523 Bundestagsabgeordnete stimmen für den Rettungsfond

Die ganz große Koalition zur Rettung der Banken

Am 29.09.2011 stimmten 523 Bundestagsabgeordnete zu, den Euro-Rettungsschirm EFSF um weitere Milliarden aufzustocken. Der deutsche Anteil erhöht sich damit auf 211 Milliarden Euro. Im Extremfall kann die Garantiesumme mit Zinsen auf 400 Milliarden wachsen. Hinter dem Rettungsschirm steht ein Gesetz zum Schutz der Banken, das sich als Rettungsakt für finanziell angeschlagene Staaten wie Griechenland verkleidet. Doch eine Regulierung des irren Finanzmarktes, eine Finanzmarkt-Transaktionssteuer, eine Bankenabgabe, ein Verbot von Leerverkäufen oder Hedgefonds ist weiterhin nicht in Sicht. Damit die Mittel überhaupt in den bankrotten Staaten ankommt, sind diese gezwungen, brutale Sparmaßnahmen und Privatisierungen vorzunehmen. Betroffen ist wiederum die Mehrheit der Bevölkerung. Kein Cent wird bei den Rüstungsausgaben eingespart, die Abgaben der Reichsten stehen in keinem Verhältnis zu den Diebstählen bei Löhnen, Renten und öffentlichem Eigentum. Was als Rettungsschirm daherkommt ist in Wahrheit die Einführung von in Deutschland erprobten Hartz-Gesetzen, Schuldenbremse und Lohndumping auf europäischer Ebene. Eine Mehrheit der schwarz-gelben Koalition hat, gestützt auf die Stimmen von SPD und GRÜNEN, das Gesetz durchgebracht. Zugestimmt hat auch der Direktkandidat der SPD in Leverkusen Prof. Dr. Karl Lauterbach. Er hob seine Hand und sagte damit „Ja“ zum weiteren Ausverkauf ganzer Volkswirtschaften und zu einem eklatanten Abbau der Demokratie.

DIE LINKE im Bundestag hat geschlossen gegen das Repressionspaket des EFSF gestimmt. Dazu erklärten Ruth Tietz, Kreissprecherin DIE LINKE. Leverkusen und Sacha B. Pullem, Kreissprecher DIE LINKE.Leverkusen:

„ Wir kennen dieses Prinzip aus den Kommunen. Auch hier werden mit der Zwangsverwaltung bei der Haushaltssicherung die Kommunen gezwungen, öffentliches Eigentum zu verschleudern und soziale Maßnahmen zu streichen. Keiner Kommune geht es damit besser – im Gegenteil: Die Situation wird immer prekärer!“

Der EFSF ist, wie alle anderen bisherigen „Euro-Rettungspakete“ auch, ein Airbag für die Finanzindustrie auf Kosten der öffentlichen Haushalte. Anstatt die Gläubiger an den Kosten der Krise zu beteiligen wird ein Mechanismus zur Risikoabsicherung der Spekulationsgewinne, also eine dauerhafte Pipeline aus Steuergeldern in den Finanzsektor, geschaffen. Die mit dem EFSF verknüpften Austeritätsprogramme sind sozial ungerecht und treiben die in Schwierigkeiten geratenen Staaten noch tiefer in die Krise. Anstatt etwa in Griechenland Sozialleistungen zu kürzen und öffentliches Eigentum dem Ausverkauf preiszugeben, wäre ein sozial-ökologisches Aufbauprogramm notwendig – finanziert durch Gläubigerbeteiligung, kräftige Vermögensabgabe und drastische Reduzierung der überhöhten Militärausgaben. Die „Euro-Rettungspakete“ stellen, insbesondere durch den Eingriff ins Haushaltsrecht der Parlamente, eine weitere Entdemokratisierung dar. Anstatt Demokratie abzubauen wäre gerade in der Krise eine Erweiterung

der Demokratie notwendig - etwa wie in Island, wo per Referendum abgestimmt wurde, ob die Öffentlichkeit bereit ist, die Kosten privater Zockerbanken zu übernehmen.

Die Euro-Krise steht in Zusammenhang mit den exorbitant gestiegenen privaten Vermögen, die deutlich höher sind als die gesamten Staatsschulden auf EU-Ebene, sowie mit den extremen Leistungsbilanzunterschieden innerhalb des Euroraums. Um die Krise zu lösen, müssen die Staatsschulden durch eine kräftige Vermögensabgabe reduziert, die deutschen Exportüberschüsse durch nachhaltige Lohnerhöhungen ausgeglichen, sowie die Finanzmärkte endlich reguliert werden.

DIE LINKE erklärt deutlich: Dieses Programm findet nicht in unserem Namen statt. Wir würdigen hingegen den Widerstand der griechischen Bevölkerung gegen diese soziale Barbarei und wirtschaftliche Unvernunft und wir werden auch vor Ort den Widerstand gegen diese Form der Politik weiterhin vorantreiben!

Ruth Tietz

Kreissprecherin DIE LINKE.Leverkusen
Mitglied im Rat der Stadt Leverkusen

Sacha B. Pullem

Kreissprecher DIE LINKE.Leverkusen